

F.R. 15.12.79

# Gericht weist Brokdorf-Klagen ab

## Kiel will politische Voraussetzungen für Bau des Kernkraftwerks prüfen

Von unserem Korrespondenten Karsten Plog

HAMBURG, 14. Dezember. Die Klagen gegen die im Oktober 1976 von der Kieler Landesregierung erteilte erste Teilgenehmigung für den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf an der Unterelbe sind vom Verwaltungsgericht abgewiesen worden. Das Gericht benachrichtigte die Prozeßbeteiligten am Freitag telefonisch von dieser Tatsache. Die Begründung soll erst später zugestellt werden.

Die mündliche Verhandlung war am 3. Dezember nach zehntägiger Dauer beendet worden. Geklagt hatten vier Gemeinden aus der Nachbarschaft des geplanten Kernkraftwerkstandorts sowie insgesamt 260 Bürger aus dem In- und Ausland. Beklagt waren das schleswig-holsteinische Sozial- und Wirtschaftsministerium.

Die gleiche Kammer des Verwaltungsgerichts, die jetzt die Kläger abwies, hatte am 9. Februar 1977 den mit der Teilgenehmigung angeordneten sofortigen Vollzug der Baumaßnahmen auf Grund der eingereichten Klagen aufgehoben. Das Gericht verhängte damals wegen der ungeklärten Entsorgung einen Baustopp bis zur Entscheidung in der Hauptsache. Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigte diese Entscheidung, gab aber zwei Hinweise, die auch bei der jetzigen Entscheidung eine Rolle gespielt haben könnten: ein Weiterbau in Brokdorf sei möglich, wenn ein prüfungsfähiger Antrag für ein

Zwischenlager vorliege und die geologischen Untersuchungen für ein Endlager eingeleitet worden seien. Das Gericht könnte jetzt zu dem Schluß gekommen sein, daß die Vorbedingungen für den Baubeginn in Brokdorf heute erfüllt seien.

Noch ist offen, wie es an der Unterelbe weitergehen wird. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke machten in einem ersten Kommentar am Freitag deutlich, daß ihrer Ansicht nach jetzt die rechtlichen Voraussetzungen für einen Weiterbau gegeben seien. Sie wollen aber offenbar zunächst Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen und dabei prüfen, ob auch mit den weiteren notwendigen Teilgenehmigungen zu rechnen ist. Die Kieler Landesregierung begrüßt das Urteil. Entsprechend ihrer Ankündigung in der Regierungserklärung vom Mai dieses Jahres wolle sie, so ein Sprecher, unverzüglich klären, ob die sachlichen und politischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts und die Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung gegeben sind.

Es ist damit zu rechnen, daß die Kläger vor das Obergerverwaltungsgericht in Lüneburg gehen werden, und daß in Brokdorf zumindest so lange nichts geschieht, bis dieses Gericht oder später sogar die höchste Instanz gesprochen haben.

Der Sprecher der schleswig-holsteini-

schen SPD sagte zu dem Urteil, da zu erwarten sei, daß die Kläger den Rechtsweg weiter beschreiten werden, fordere die SPD, um weiteren Zeitverlust zu vermeiden, die Landesregierung auf alternative Kohlekraftwerke an anderen Standorten in ihre Überlegungen einzubeziehen. Es sei bekannt, daß die Betreiber selbst an einer solchen Alternativplanung arbeiteten.

★

LANDSHUT (dpa). Die Regierung von Niederbayern schloß am Freitag das 1976 eingeleitete Raumordnungsverfahren für ein zweites Kernkraftwerk in Ohu bei Landshut (KKI II) positiv ab.

## Auf einen Blick:

### Neuer Anlauf der Linken

PARIS, 14. Dezember (dpa). Die französische Linke hat die dritte Vertrauensfrage von Premierminister Raymond Barre in vier Wochen am Freitag mit neuen Mißtrauensanträgen beantwortet. Wenn die Anträge am Montag in der Nationalversammlung auch keine Mehrheit finden, ist der Haushalt 1980 ohne Zustimmung der Mehrheit des Parlamentes verabschiedet.

(Siehe auch Seite 2: Im Hintergrund)

### Parlament: Rhein entsalzen



Verwaltungsgericht in Schleswig

## Klagen gegen Kernkraftwerk Brokdorf abgewiesen

Schleswig (dpa)

Das schleswig-holsteinische Verwaltungsgericht in Schleswig hat alle Klagen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf an der Unterelbe abgewiesen. Die Urteilsbegründung wird den Klägern erst in einigen Wochen zugestellt.

Damit scheiterten in der Hauptverhandlung die Klagen von vier Nachbargemeinden von Brokdorf und mehr als 250 Einzelklägern gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung der Kieler Landesregierung vom 25. Oktober 1976. Mit seiner Entscheidung hat das Gericht nach Ansicht der schleswig-holsteinischen Landesregierung festgestellt, „daß die Rechtsauffassung der Landesregierung zutreffend ist“. Regierungssprecher Arthur Rathke erklärte ferner, vor dem Hintergrund dieses Urteils werde die Landesregierung jetzt prüfen, welche weiteren Entscheidungen getroffen werden müßten. Es müsse besonders geklärt werden, „ob die sachlichen und politischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projekts und Verwirklichung des Energieprogramms der Bundesregierung gegeben sind“.

Der Bau des Kernkraftwerks ist seit Dezember 1976 vorläufig gestoppt. Gegen die im Oktober 1976 von der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung ausgesprochene Baugenehmigung hatten die Kläger beim Verwaltungsgericht Schleswig einen vorübergehenden Baustop durchgesetzt, der später vom Obergericht Lüneburg bestätigt wurde. Der Stop sollte bis zu einer Entscheidung im Hauptverfahren gelten.

## Raumordnungsverfahren für Kernkraftwerk Ohu II beendet

München (SZ)

Positiv abgeschlossen hat die Regierung von Niederbayern das seit 1976 laufende Raumordnungsverfahren zum Bau eines zweiten Kernkraftwerks mit einer Leistung von 1300 Megawatt bei Ohu im Landkreis Landshut. Mit dem Bau wird vermutlich 1982 begonnen werden. Die Inbetriebnahme des Druckwasserreaktors ist für frühestens 1987 vorgesehen. Bayern wird damit bis zum Ende der 80er Jahre über sechs Kernkraftwerke verfügen. (Bericht auf Seite 22.)



W.Z.  
 „Teilgenehmigung rechtmäßig“

# Gericht weist Klagen gegen Brokdorf ab

Kläger legen voraussichtlich Berufung ein

Schleswig/Kiel (ap/dpa) Die erste Teilgenehmigung für das in Brokdorf geplante Kernkraftwerk ist von der schleswig-holsteinischen Landesregierung im Oktober 1976 zu Recht erteilt worden. Das entschied gestern das Verwaltungsgericht Schleswig. Es wies damit Klagen von mehr als 250 Einzelpersonen aus dem In- und Ausland sowie der vier Gemeinden Dammfleth, Wewelsfleth, Krummendeich und Nordkehdingen ab. Die Begründung des Urteils wird nach Angaben des Gerichts erst in einigen Wochen veröffentlicht.

Der Urteilsspruch wurde den Kieler Ministerien für Wirtschaft und Soziales, gegen die sich die Klagen richteten und den Klägern telefonisch mitgeteilt. Ein Sprecher des Sozialministeriums sagte, er erwarte, daß die Kläger jetzt das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg anrufen werden. Regierungssprecher Rathke meinte, das Gericht habe damit festgestellt, daß die Rechts-

rechtskräftig sei, wenn der Vorgang den gesamten Weg durch die Instanzen durchlaufen habe.

Im jetzt zugunsten der Landesregierung und der Kraftwerksbetreiber ausgegangenen Verfahren hatte sich das Gericht in über 100 Prozeßstunden mit zahlreichen Gutachten befassen müssen. In ihrem Plädoyer auf Aufhebung der ersten Baugenehmigung hatten die Kläger sich unter anderem auf die ihrer Ansicht nach weiterhin ungeklärte Entsorgungsfrage berufen. Dagegen hatten die Beklagten unterstrichen, daß die Atomüllfrage schon zum jetzigen Zeitpunkt als gelöst anzusehen sei.

Gegen den Bau des Atomkraftwerks hatten im Oktober und November 1976 zeitweise bis 30 000 Menschen demonstriert. Dabei war es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Mehrfach mußten sich Gerichte mit dem Komplex beschäftigen. Im Dezember 1976 hatte das Verwaltungsgericht Schleswig einen Baustopp verfügt, der im Oktober 1977 vom Oberverwaltungsgericht in Lüneburg bestätigt worden war. Seither ruhten auf dem Gelände die gerade begonnenen Erdarbeiten.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat unterdessen mehrfach zu verstehen gegeben, sie werde das Vorhaben Brokdorf nur dann fortsetzen, wenn die Bundesregierung und der Hamburger Senat ihre Zustimmung dazu geben.

Die Regierung von Niederbayern hat das 1976 eingeleitete Raumordnungsverfahren für ein zweites Kernkraftwerk in Ohu bei Landshut positiv abgeschlossen. Bei den hydrogeologischen Bohrungen in Gorleben ist man auf Rinnen bis zum Salz-

**Schnee, Sturm und Eisglätte auf den Straßen machen unseren Fahrern und Trägern schwer zu schaffen. Wir bitten um Verständnis, wenn die Zustellung dieser Ausgabe nicht zur gewohnten Stunde erfolgt.**

auffassung der Landesregierung zutreffend gewesen sei.

Die SPD Schleswig-Holsteins erinnerte daran, daß nach Ankündigung der Kläger der Rechtsweg weiter beschritten werde. Die Partei forderte zudem unabhängig vom endgültigen Ausgang des Verfahrens die Landesregierung auf, „alternative Kohlekraftwerke an anderen Standorten in ihre Überlegungen einzubeziehen“.

Ein Sprecher des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts teilte ergänzend zum Urteil mit, daß der vom Verwaltungsgericht und vom OVG in Lüneburg angeordnete Baustopp „so lange bestehen bleibt, bis das die Klagen abweisende Urteil von heute rechtskräftig ist“. Daran könne nur eine Abänderung des Beschlusses über den Baustopp etwas verändern. Dies bedürfe jedoch eines Änderungsbeschlusses. Der Sprecher betonte, daß die jetzige Entscheidung erst dann

R. ge an Ki S „Za“ ler Re en ste Wi Ma Ar

## Wieder Brokdorf-Demonstration

Brokdorf. Nach der Klageabweisung der Schleswiger Richter ist bereits die erste Brokdorf-Demonstration am Bauplatz des Kernkraftwerks Brokdorf geplant. Wie der Arbeitskreis Brokdorf der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe in einer Pressemitteilung ankündigt, haben die Kläger und die Prozeßgruppe eine Demonstration vorgeschlagen, die am Sonntag, dem 23. Dezember, um 13 Uhr am Bauplatz in Brokdorf stattfinden soll.

aus.

rag am-us-ark halt Der im im ist e- ie n n t



## **NWK begrüßt Brokdorf-Urteil**

**Klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung des Kernkraftwerks abgewiesen**

Brokdorf/Schleswig. Das Verwaltungsgericht Schleswig hat die Klagen gegen die 1. Teilerrichtungsgenehmigung zum Bau des Kernkraftwerks Brokdorf abgewiesen. Das Urteil wurde am Freitag den Prozeß-Beteiligten telefonisch übermittelt. Das zuständige schleswig-holsteinische Sozialministerium hatte die 1. Teilerrichtungsgenehmigung am 25. Oktober 1976 erteilt. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK), zusammen mit der Hamburgischen Electricitätswerke AG (HEW) Betreiber des Projekts, begrüßt das Urteil der Schleswiger Richter. Es bestätigt die Un-

bedenklichkeit der Standortwahl und Auslegung des geplanten Kraftwerks. Demnach könnten — von der rechtlichen Seite her — die Bauarbeiten fortgeführt werden. Die NWK hält jedoch zuvor eine Entscheidung der politisch zuständigen Instanzen für notwendig. Sie wird deshalb Konsultationen mit der Landesregierung aufnehmen. Die NWK wertet das positive Votum des Verwaltungsgerichtes Schleswig als günstige Ausgangsbasis hierfür. Sie hofft, bald mit dem Weiterbau des Kraftwerks beginnen zu können, das die Stromversorgung Nordwestdeutschlands auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sicherstellen soll.

W.Z. 15.12.79



# Gericht hat 26 Einzelanträge der Brokdorf-Kläger abgewiesen

## Ende der Hauptverhandlung — Urteil steht aus

**Schleswig (am)** Mit den Plädoyers der streitenden Parteien ging gestern abend nach zehntägigen Verhandlungen das Hauptverfahren um die Rechtmäßigkeit der am 25. Oktober 1976 von der Kieler Landesregierung gewährten ersten Teilerrichtungsgenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf zu Ende. Ob die zehnte Kammer des Verwaltungsgerichts noch in diesem Jahr das Urteil verkündet, ist zweifelhaft.

Die Kläger beantragten die Aufhebung der Brokdorf-Genehmigung und die beklagten Landesministerien und beigeladenen Kraftwerksbetreiber und -hersteller (HEW, NWK, KWU und Brokdorf GmbH) die Klagabweisung. Nach Auffassung der Kläger dürfe das Kernkraftwerk Brokdorf nicht gebaut werden, da die erste Teilerrichtungsgenehmigung auf einem Bündel von Fehlern beruhe, beginnend bei der Gesamtkonzeption bis hin zur „ungeklärten und nicht realisierbaren“ Atommüllentsorgung. Dagegen wiesen die Beklagten darauf hin, daß die erste Teilerrichtungsgenehmigung unzweifelhaft ordnungsgemäß zustande gekommen sei, mit allen geltenden Richtlinien übereinstimme, vom Kernkraftwerk Brokdorf keine Gefahr aus-

gehe und längst konkrete Schritte zur Entsorgung des in Brokdorf anfallenden Atommülls eingeleitet worden seien.

Erst im Laufe des gestrigen Verfahrens ließ die Kammer mit der Abweisung von 26 einzelnen Beweisanträgen der von dem Hamburger Rechtsanwalt Günnemann vertretenen vier Gemeinden aus der Elbregion und neun Einzelklägern erkennen, daß „zur Erfüllung der gerichtlichen Sachaufklärungspflicht“ weitere Gutachten zu den Problemkreisen Reaktorsicherheit und Atommüllentsorgung nicht notwendig seien. Daraus läßt sich schließen, daß die Richter sich bei der bevorstehenden Urteilsfindung auf die Frage der Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen und Richtlinien bei den Teilerrichtungsgenehmigungen konzentrieren werden.

Am Montagnachmittag wird die Zehnte Kammer erneut kurz zusammentreten und ihren Beschluß zu den von der Klägergruppe um den Bremer Walther Soyka eingebrachten Beweisanträgen verkünden (dieses Verfahren war zur leichteren Abwicklung des Prozesses abgetrennt worden). Nach der gestrigen Antragszurückweisung gehen Prozeßbeobachter davon aus, daß auch diese Anträge, die denselben Themenkomplex behandeln, zurückgewiesen werden.

W. 7. 1. 12. 79



W. 2. 29. 11. 79

SCI

## Kraftwerksbetreiber halten die Entsorgungsfrage für gelöst

Achter Verhandlungstag zu diesem Problem

Schleswig (am) „Die Entsorgung des im Kernkraftwerk Brokdorf anfallenden Atommülls ist nunmehr vollständig gesichert.“ Das erklärten gestern Anwälte und Beistände der Landesregierung und der beigeladenen Kraftwerksbetreiber und Hersteller vor der 10. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts, die sich gestern am achten Verhandlungstag diesem Problemkreis zuwandte.

Vertreter der Landesregierung wiesen mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß bei der ersten Teilerrichtungsgenehmigung vom 25. Oktober 1976 für Brokdorf der Bereich Entsorgung nicht berücksichtigt worden sei. Richtig sei vielmehr, daß die Kraftwerksunternehmen eine lückenlose Entsorgungskette nachgewiesen hätten, die zwischenzeitlich jedoch konkretisiert wurde.

Das Entsorgungskonzept für Brokdorf sieht nunmehr so aus: Die ausgenutzten Brennelemente können auf dem Kraftwerksgelände — wie üblich — dreieinhalb Jahre lang gelagert werden. Ferner ist vor wenigen Wochen ein Antrag auf Genehmigung für ein Kompaktlager in Brokdorf gestellt worden, in dem die Kernbrenn-

elemente etwa zehn Jahre gefahrlos liegen können. Unabhängig davon ist für das Zwischenlager Ahaus (Nordrhein-Westfalen) ein prüffähiger Genehmigungsantrag gestellt worden. In einem solchen Zwischenlager können die Brennelemente 20 Jahre lagern. Ende der 80er Jahre steht das Endlagerkonzept, die Tiefbohrungen in Gorleben beginnen Anfang Dezember. Kommt es aus welchen Gründen auch immer zu Verzögerungen, wird eine zwischenzeitlich gesicherte Option mit einem britischen Unternehmen ausgenutzt. Ein entsprechender Vertrag wird bereits im nächsten Jahr geschlossen. Die Briten sind bereit, auch aus Brokdorf stammenden Atommüll für die Endlagerung abzunehmen.

Die Gruppe um den Bremer Walther Soyka, der im Brokdorf-Prozeß rund 250 Einzelkläger des In- und Auslandes vertritt, bezeichnete gestern Abend das Entsorgungskonzept als unrealisierbar. Soyka hatte bei nur geringer Zuhörerschaft bereits am Vormittag weitschweifende Ausführungen zur Gefährlichkeit der Kernenergienutzung gemacht.

Das Verfahren wird heute morgen mit der Erörterung des Entsorgungskonzepts fortgesetzt, wobei dann wieder die Klägergruppe um den Hamburger Rechtsanwalt Günnemann zu Worte kommt.

W. 2. 30. 11. 79

## Fülle von Beweisanträgen

„Brokdorf nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt“

Schleswig (am) Mit einer Fülle von Beweisanträgen zwischen den Komplexen Reaktorsicherheit und Risiko „deckte“ die Gruppe der vier Gemeinden aus der Wilstermarsch und weiterer neun Einzelkläger im Brokdorf-Prozeß die 10. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts ein.

Mit diesen Beweisanträgen wollen die Kläger nachweisen, daß die der ersten Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf zugrunde liegende Konzeption fehlerhaft sei. Aus diesem Grund sei es notwendig, weitere, wichtige Bereiche durch „unabhängige

Gutachter, die nicht mit der Atomlobby verbunden“ seien, gewähren zu lassen. Weder sei nämlich der Reaktor ausreichend gegen Flugzeugabstürze geschützt noch die Gefahr des Schmelzens oder Berstens des Reaktor-Druckbehälters richtig eingeschätzt worden.

Die Seite der beklagten Landesregierung und der beigeladenen Kernkraftwerksbetreiber beantragte die Abweisung der Anträge. Alle erstellten Gutachten seien objektiv gewesen und gingen von konkreten und nachweisbaren Tatsachen aus, und das Bersten des Reaktor-Druckbehälters sei äußerst unwahrscheinlich.



# Streit um wissenschaftliche Grundlagen im Brokdorf-Prozeß

## Befangenheitsantrag prägte Verhandlungstag

Schleswig(am) Verfahrenstechnisches Hickhack, Beifalls- und Mißfallensbekundungen. Der vorübergehende Auszug der Klägergruppe um den Hamburger Rechtsanwalt Günnemann und ein von der Klägerseite eingebrachter Befangenheitsantrag gegen den Kammervorsitzenden Jürgen Feist und die gesamte 10. Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichts kennzeichneten gestern vormittag den Auftakt des zweiten Verhandlungstages in der neuen Prozeßrunde um das Kernkraftwerk Brokdorf/Unterelbe.

Nach eingehender Beratung wies die Kammer den gegen sie gestellten Befangenheitsantrag als juristisch unzulässig ab, und der Vorsitzende Richter Feist schließlich fühle sich nicht befangen. Dann konnte sich das Gericht schließlich der Frage „Was ist der Stand von Wissenschaft und Technik“ erneut zuwenden. Dieses Problem hat nach übereinstimmender Ansicht aller

Verfahrensbeteiligten deshalb eine prozeßrelevante Bedeutung, weil zu prüfen ist, ob der im Genehmigungsverfahren herrschende Stand von Wissenschaft und Technik die Grundlage sei oder bei der jetzigen juristischen Überprüfung des Genehmigungsverfahrens der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen sei. Nach Ansicht der Klägerseite (Gemeinden und Einzelkläger) haben zahlreiche Störfälle und Unglücke in kerntechnischen und chemischen Anlagen bewiesen, daß immer die neuesten Erkenntnisse zu berücksichtigen seien, wohingegen die beklagten Landesbehörden und die geladenen Kraftwerksbetreiber darauf hinwiesen, daß nur die Erkenntnisse zu überprüfen seien, die im damaligen Genehmigungsverfahren ihren Niederschlag fanden. Die für Brokdorf festgelegten Berechnungswerte seien „ausreichend konservativ“ und unterböten die in der Strahlenschutzverordnung des Bundesinnenministeriums festgesetzten Höchstgrenzen für die Abgabe radioaktiver Substanzen. Es gäbe keinen Rechtsanspruch auf eine „Strahlenbelastung Null“.

W.7.28.11.79



W. 70  
27.11.79

# Tumult beim Brokdorfprozeß

## Zweite Runde: Vorübergehende Saalräumung

**Schleswig (am) Schwere Störungen, vorübergehende Räumung des Plenarsaals und stundenlange Unterbrechungen kennzeichneten gestern den Auftakt zur neuen Prozeßrunde um das Kernkraftwerk Brokdorf vor der Zehnten Kammer des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsggerichts.**

Der Unmut der fast 200 meist jugendlichen Zuhörer und Kläger entzündete sich an der Weigerung des Gerichts, weitere nach Schleswig angereiste KKW-Gegner in den ohnehin überfüllten Plenarsaal, den größten Raum im Schleswiger Gerichtsgebäude, zu lassen. Als der Forderung nach Zulassung der Zuhörer durch Sprechchöre Nachdruck verliehen wurde, ließ die Kammer den Saal räumen. Die Störungen waren von einigen KKW-Gegnern offensichtlich geplant. In einem vor dem Verfahren verteilten Flugblatt war dazu aufgefordert worden, „im Prozeßsaal Stimmung zu schaffen“, da der Ausgang des Verfahrens „nicht von Argumenten, sondern von unseren Aktionen abhängen“ werde. Die im Gerichtsgebäude anwesenden starken Polizeikräfte brauchten aber nicht einzugreifen.

Nach zweieinhalbstündiger Verzögerung begann schließlich das Gericht die Frage der Klagebefugnis der vier Gemeinden und einiger Einzelpersonen zu prüfen. Die Auffassungen von Klägern und Beklagten prallten in bezug auf die Gemeinden hart aufeinander. Unproblematisch sah es für Einzelkläger aus, die unmittelbar beim geplanten Kernkraftwerk wohnen.

Rechtsanwalt Günnemann: Die gemeindliche Selbstverwaltung fasse auch das Recht, Schutzfunktionen für alle Bürger wahrzunehmen, zumal durch einen schweren Atomunfall eine Gemeinde in ihrer Substanz aufgelöst werden könne. Dagegen meinten von der Landesregierung beigeladene Kernkraftwerksbetreiber, daß Gemeinden nur dann dieses Recht besäßen, wenn sie in ihrer Planungshoheit beeinträchtigt würden; dies treffe höchstens für die Gemeinde Brokdorf zu — die habe aber keine Klage erhoben. Eine Klagebefugnis sei auch nicht mit einer möglichen Beeinträchtigung von Naturlandschaft zu begründen, denn ein Grundrecht auf freie Natur und heile Landschaft gebe es nicht. Dagegen wiederum konterten die Kläger, die im übrigen auf den Regionalplan zu diesem Gebiet verwiesen, wonach hier der Naturschutz zu dominieren habe.